Einzelnummer 10 Pfennig

Spandauer Zeitung

Bezugspreis: Wöchentl. 40 Goldpfennige einschließl. 4 Goldpfennige Botenlohn. Beim Bezuge durch die Postanstalten für den Monat 1,70 Goldmark ausschließlich Bestellgeld. — Im Falle von Betriebsstörung, Streik, Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Rückerstattung des Bezugspreises. Druck und Verlag: Stolzenberg & Co., Spandau. — Verantwortlicher Schriftleiter für den Gesamtinhalt einschließlich der Bilderbeilage: Hans Rohmann, Spandau.

General-Anzeiger für Spandau und Umgegend

Amtliches Organ

mit rechtsverbindlicher Publikationskraft — für staatliche und städtische Behörden

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und gesetzlichen Feiertage. Geschäftsstelle: Berlin-Spandau, Neuendorfer Straße 16a. Fernruf: Spandau 1226, 1227, 1228

Regelmäßige Beilagen: Wöchentlich: „Spandauer Illustrierte Zeitung", achtseitig. — „Aus der Welt der Frau" — „Der Kleinsiedler" Zweiwöchentlich: „Die technische Rundschau".

Anzeigenpreise: Die 10gespalt. Nonpareillezeile 20 Goldpfennige, für Spandau 15 Goldpfennige; Familienanzeigen 10 Goldpfennige, im redaktionellen Teil 1 Goldmark. Bei Tagesgeldern beträgt 10 Goldmk. für das Tausend, Offertengebühr 15 Goldpfennige. Keine Gewähr für das Erscheinen von Anzeigen an bestimmten Tagen oder Stellen. — Bankkonten: Spandauer Bank, e. G. m. b. H., Spandau; Landwirtschafts- und Handelsbank Aktienges., Spandau. — Postscheckkonto: Berlin NW. 7, Nr. 1707.

Nummer 21. — Montag, den 26. Januar 1925. — 32. Jahrgang.

Die Preußenkrise.

Das Kabinett Braun hatte am Freitag eine geschlossene Opposition gegen sich. Deutschnationale, Deutsche Volksparteiler, die Mitglieder der Wirtschaftlichen Vereinigung und die Kommunisten gingen geschlossen gegen den Ministerpräsidenten Braun und den Innenminister Severing vor. Trotz aller Anstrengungen gelang es ihnen nicht, ein von der Verfassung verlangtes und qualifiziertes Mißtrauensvotum durchzusetzen. Allerdings vermochten sie mit drei Stimmen Mehrheit dem Kultusminister, dem Finanzminister und dem Innenminister ein einfaches Mißtrauensvotum auszusprechen. Das Kabinett Braun zog daraus aber die Konsequenzen und demissionierte. Damit ist die Regierungskrisis in Preußen akut. Was soll nun werden? Der Ältestenausschuß des preußischen Landtags trat gleich am Sonnabend mittag zusammen, um zu der neuen Situation Stellung zu nehmen. Artikel 45 der preußischen Verfassung bestimmt: „Der Landtag wählt ohne Aussprache den Ministerpräsidenten. Der Ministerpräsident ernennt die übrigen Staatsminister." Die Wahl ist auf nächsten Freitag, den 30. Januar, mittags 2 Uhr, festgesetzt. Zentrum, Deutsche demokratische Partei und Sozialdemokratie stimmten im Ältestenrat geschlossen dafür. Die Rechtsparteien, denen wiederum der Kommunist Pieck beitrat, waren für die weitere Hinausschiebung des Termins, um den Parteien Zeit zu lassen, sich über einen Ministerpräsidenten, die Verteilung der Ministersitze und das Regierungsprogramm in Preußen zu einigen. Man weiß in Berliner politischen Kreisen, daß Zentrum, Sozialdemokratie und Deutsche demokratische Partei sich in diesen Fragen bereits seit einigen Tagen völlig verständigt haben. Die Bemühungen der Rechtsparteien gehen nun dahin, das Zentrum in Preußen ebenso zum Umfall zu verleiten, wie es im Reiche mit Erfolg geschehen ist.

Von der tatsächlichen Stellungnahme des Zentrums hängt die weitere Entwicklung in Preußen ab. Das wissen alle preußischen Politiker. Die Rechtsopposition in Preußen scheint dies aber in den letzten Tagen sehr wenig bedacht zu haben, sonst hätte sie nicht in dieser Weise über die Politik der „großen Koalition" losgezogen und mit den sozialdemokratischen Ministern gleichzeitig auch die Zentrumsminister Hirtsiefer und Am Zehnhof gestürzt. Nach dem Jubel über diesen Sturz stellt sich jetzt schon die Ernüchterung ein. Mit viel Bosheit stellt das Berliner Zentrumsblatt, die „Germania", fest, daß jetzt in Preußen dasselbe Spiel beginnt, das wir nach der Demission des Kabinetts Marx im Reiche erlebten. Jetzt werde von der „staatspolitischen Einsicht" und dem „lebendigen Rechtsgefühl" des Zentrums alles erwartet, und die lieblichsten Weisen erklingen aus dem deutschnationalen Blätterwald, um das Zentrum zum Umfall zu bringen."

Die bisherige Koalition in Preußen umfaßte 222 Abgeordnete, von denen 81 dem Zentrum, 114 den Sozialdemokraten und 27 den Demokraten angehörten. Die Rechtskoalition besteht aus 182 Abgeordneten, nämlich 109 Deutschnationalen, 45 Volksparteilern, 17 Mitgliedern der Wirtschaftlichen Vereinigung und 11 Nationalsozialisten. Mit Hilfe von 44 kommunistischen Stimmen verfügt die Rechtskoalition über die Mehrheit im preußischen Abgeordnetenhaus. Diese Mehrheit ist aber durchaus regierungs- und arbeitsunfähig. Bei der Wahl des Ministerpräsidenten am Freitag ist anzunehmen, daß die bisherige Koalition ihren Kandidaten durchbringt, wenn sie ihre Geschlossenheit wahrt. Dabei wird freilich vorausgesetzt, daß die Kommunisten einem deutschnationalen Ministerpräsidenten-Kandidaten nicht ihre Stimme geben werden. Nach der Zusammenarbeit der Kommunisten und Deutschnationalen während der letzten Tage ist freilich auch das nicht ausgeschlossen. Den Kommunisten ist es nämlich vor allen Dingen darum zu tun, ihre Todfeinde, die Sozialdemokraten, in Verlegenheit zu bringen und bis aufs Messer zu bekämpfen. Von einer deutschnationalen Regierung erwarten sie gesteigerte Übergriffe und damit zugkräftigeres Agitationsmaterial für ihre Propaganda in der Arbeiterschaft. Wenn ihr politischer Horizont allerdings soweit reicht, daß sie erkennen und sehen, wie im Falle eines Rechtskabinetts in Preußen auch die Sozialdemokraten in der Opposition stehen, dann werden sie sich hüten, einem deutschnationalen Ministerpräsidenten in den Sattel zu verhelfen, da in diesem Falle ihre agitatorischen Felle nahezu restlos wegschwimmen dürften. Da diese agitatorische Erkenntnis zwar nicht bei den preußischen Kommunisten, wohl aber bei ihrem Moskauer Oberkommando, vorhanden sein dürfte, so ist wohl kaum damit zu rechnen, daß die preußischen Kommunisten die Wahl eines deutschnationalen Ministerpräsidenten aktiv unterstützen werden.

Wie man die Dinge auch betrachten mag, so muß die politische Lage in Preußen als äußerst kritisch bezeichnet werden. Vorerst haben wir freilich „nur" eine Regierungskrisis. Diese aber kann sich sehr leicht zu einer Staatskrisis auswachsen, aus der es keinen anderen Ausweg gibt, als die Auflösung des Landtags und Neuwahlen. Es ist bezeichnend, daß sowohl von den Rechtsparteien, wie auch von der gegenwärtigen Regierungskoalition mit dieser Eventualität gerechnet wird.

Zentrum und Regierungsbildung.

Eine bewegte Sitzung.

Der **Reichsverband der Zentrumspartei** tagte am Freitag und Sonnabend, verstärkt durch die Vorstände der Reichs- und preußischen Landtagsfraktion, sowie die Vorsitzenden und Generalsekretäre der Landes- und Provinzialverbände in Berlin. An die Referate von Fehrenbach und Marx schloß sich eine sehr bewegte Aussprache, in der schließlich die **Erklärung Fehrenbachs im Reichstag** vom 20. Januar dieses Jahres **gebilligt und beschlossen wurde, an der Einheit der Partei unerschütterlich festzuhalten.** Die Sitzung erwies sich als notwendig, um der Opposition im Lande ein Ventil zu schaffen und die gefährdete Einheit der Partei zu retten. Wie notwendig dies war, ergibt sich unter anderem aus der Stellungnahme der **Windthorst-Bünde** gegen die Zentrumspolitik im Reich. Ganz entschieden machte dieser Tage der Berliner Bund dagegen Front mit der Erklärung, daß Reichskanzler Marx das Opfer einer politischen Umstellung der Reichstagsfraktion wurde und es geradezu unverständlich sei, daß gewisse Teile der Fraktion ihn wie ehedem Erzberger und Wirth verlassen haben. Wörtlich heißt es in der Entschließung: „Wir glauben nicht an die Männer dieses Kabinetts. Bürgerblock bedeutet Volksspaltung. Rechtsblock ist Kampf gegen das arbeitende Volk. Wir lehnen eine auf dieser Linie geführte Zentrumspolitik ab und können sie vor uns nicht verantworten."

Ein weiterer Beweis für die Gegensätze im Zentrum ist ein großer Artikel, den am Sonntag [illegible] Köln, mit heftiger Polemik gegen den Reichsarbeitsminister Dr. Brauns im — „**Berliner Tageblatt**" veröffentlichte.

Wie verlautet, wurde auf der Zentrumstagung auch die Frage der **Regierungsbildung in Preußen** besprochen. Einmütig soll die Auffassung zum Ausdruck gekommen sein, **daß das Zentrum eine Rechtsregierung in Preußen nicht billigt** und infolgedessen sich auch daran nicht beteiligen werde.

Der Landtag wird Freitag, den 30. Januar, um 2 Uhr zusammentreten; als einziger Punkt steht auf der Tagesordnung die Wahl des Ministerpräsidenten. Die Rechtsparteien haben im Ältestenausschuß verlangt, daß der Landtag selbst in der Sitzung am 30. Januar den Termin für die Wahl des Ministerpräsidenten festsetzen solle, damit die Fraktionen, deren Mitglieder jetzt alle von Berlin abwesend sind, Gelegenheit zur Stellungnahme haben. Bei Wiederholung dieses Wunsches am Freitag wird man zunächst mit einer längeren Geschäftsordnungsdebatte zu rechnen haben.

Die Möglichkeit einer Kandidatur des Zentrumsabgeordneten Dr. **Porsch** für den Posten des preußischen Ministerpräsidenten hat ihre Erledigung dahin gefunden, daß Dr. Porsch abgelehnt hat, dieses Amt zu übernehmen. Die entscheidenden Sitzungen der Fraktionen des preußischen Landtags werden erst Ende dieser Woche stattfinden. Am Donnerstag treten die Fraktionen der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftspartei zu Beratungen zusammen und am Freitag folgt die Sozialdemokratische Fraktion.

Braun über seinen Rücktritt.

Der bisherige preußische Ministerpräsident Braun erklärte in einer Unterredung mit einem Vertreter des sozialdemokratischen „**Vorwärts**", er und seine Ministerkollegen hätten keineswegs an ihren Aemtern geklebt. Er hätte es als unrühmlich empfunden, wenn die preußische Regierung schon davongelaufen wäre, ohne eine Entscheidung der Volksvertretung angerufen zu haben. Der Rücktritt des Kabinetts sei auf seinen Vorschlag erfolgt und es habe darüber keine Meinungsverschiedenheiten gegeben. Persönlich hätte er schon längst den Standpunkt vertreten, daß ein Rücktritt der Regierung politisch notwendig sei, wenn sie im Landtag keine Mehrheit finden würde.

Sollmann über die Opposition der Sozialdemokraten.

Köln, 26. Januar. Hier fand eine Versammlung der Funktionäre der sozialdemokratischen Partei Kölns statt, die den beiden Fraktionen des Reichstags und des Landtags einmütig ihr Vertrauen aussprach. Im Mittelpunkt der Debatten stand eine Rede des früheren Innenministers **Sollmann**, der die Aufgaben der künftigen sozialdemokratischen Opposition in den Parlamenten umriß. Er betonte, die Sozialdemokratie werde sich die Art der **kommunistischen Opposition keinesfalls zum Vorbild nehmen**, sondern jederzeit bereit sein, bei einer neuen politischen Konstellation wieder verantwortungsbewußt in die Regierung einzutreten. Der Redner betonte dann weiter, daß der Kampf der Sozialdemokraten lediglich dieser Regierung gelte. In der Opposition wolle die Sozialdemokratie stark werden. Die sozialdemokratische Opposition werde sich auf folgende drei Probleme stützen; 1. **Steuerpolitik**, 2. **Zollpolitik** und 3. **Achtstundentag.**

Die Antwort der Entente.

Funkspruch der „Sp. Ztg."

Paris, 25. Januar. (W. T. B.)

Voraussichtlich wird die Antwort der Entente auf die **Note der Reichsregierung** vom 7. Januar, die gegen die Aufrechterhaltung der Besetzung der Kölner Zone protestiert und eine genaue Präzisierung der angeblichen deutschen Verfehlungen fordert, am **Dienstag in Berlin übergeben** werden. Wie verlautet, werden sich die alliierten Regierungen in ihrer Antwort darauf beschränken, die Einwände Deutschlands gegen die alliierte Interpretation des Art. 429 des Versailler Vertrages und gegen die Verlängerung der Besetzung der Kölner Zone über den 10. Januar hinaus **zurückzuweisen.** Der endgültige Bericht der interalliierten Militärkontrollkommission über die Resultate der Generalinspektion der deutschen Entwaffnung werde **nicht vor Beginn des nächsten Monats der Botschafterkonferenz** vorliegen. Es werde ein sehr umfangreiches Dokument sein, in dem genau **alle Einzelheiten der Verfehlungen Deutschlands** hinsichtlich der Entwaffnungsbestimmungen aufgezählt sein würden.

London, 26. Januar.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph" schreibt, die neue Interimsnote der Alliierten werde morgen in Berlin überreicht. Sie enthalte wenig mehr als eine **formelle Bestätigung** der deutschen Note auf die letzte alliierte Note. Sie betone, wie angenommen werde, von neuem die Tatsache, daß vor Eingang des endgültigen Berichtes der Kontrollkommission keine endgültige Entscheidung von den Alliierten getroffen werden könne. Gerüchtweise verlautet, daß die Note außerdem eine kurze **Zurückweisung** der vor kurzem dargelegten deutschen Argumente enthalte. **Tatsächlich scheine die britische Regierung die französische These angenommen zu haben, daß die Besetzung der ersten Zone automatisch fortdauern solle, bis Deutschland zeigen könne, daß es seine Entwaffnungsbestimmungen erfüllt habe, wobei es mehr Deutschlands Sache sein solle, den Beweis dafür zu liefern, als Sache der Alliierten. Die aufeinanderfolgende Räumung der ersten und zweiten Zone werde so mehr zu einem Gradmesser, als zu einer Verpflichtung.**

Die Fundierung der französischen Schulden.

Amerika verlangt bestimmte Vorschläge

Funkspruch der „Sp. Ztg."

London, 26. Januar. „Morning Post" meldet aus Washington, der amerikanische Botschafter in Paris sei angewiesen worden, zu versuchen, **bestimmtere französische Vorschläge für die Fundierung der französischen Schuld** zu erhalten, da die inoffiziellen Vorschläge des französischen Finanzministers keine Erörterungsgrundlage bildeten. Präsident Coolidge mißbillige weiterhin eine Aktion des Kongresses, da er der Ansicht sei, eine derartige Entschließung werde die Reibung vermehren und keine praktischen Ergebnisse zeitigen. In Washington herrsche die Ansicht vor, daß alle weiteren inoffiziellen Besprechungen nur eine **neue Zeitvergeudung** sein würden.

Der Beweggrund für Hughes' Rücktritt.

Funkspruch der „Sp. Ztg."

Paris, 26. Januar. Der Londoner Korrespondent der „Chicago Tribune" erfährt, daß der amerikanische Botschafter in London, **Kellogg**, vor seiner Abreise zur Teilnahme an der **interalliierten Finanzminister-Konferenz** in Paris von Staatssekretär **Hughes** die formelle Instruktion erhalten habe, kein allgemeines Abkommen zu unterzeichnen, sondern lediglich ein Privatabkommen, das die Amerika interessierenden Klauseln enthalte. Dieser Ansicht habe sich jedoch Botschafter Kellogg nicht anschließen können und er habe unverzüglich telegraphisch gefordert, daß seine Instruktionen abgeändert würden, da das **Pariser Abkommen für Amerika nicht die Verpflichtungen in sich schließe, an Sanktionen gegen das Deutsche Reich teilzunehmen.** Da Präsident Coolidge die Auffassung des Botschafters Kellogg teilte, müsse man hier den wahren Beweggrund für den Rücktritt des Staatssekretärs Hughes suchen.